

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/5B

Bonn, den 23. März 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Zwang zum Zusammenhalt</u>	96

Die deutsche Politik und die Große Koalition  
Von Albert Exler

3 - 3a	<u>Zwiespältiges Deutschlandbild in Nordamerika</u>	63
--------	---	----

Aufgeschlossen aber auch sehr kritisch

Von Peter Corterier,  
Stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

4	<u>Mehr Hilfe für die Nordsee-Inseln</u>	39
---	--	----

Die SPD weiß, was Schleswig-Holstein braucht

5	<u>Offener Zwist Falange - Opus Dei</u>	43
---	---	----

Gegenseitige Beschuldigungen

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

## Zwang zum Zusammenhalt

### Die deutsche Politik und die Große Koalition

Von Albert Exler

Wie lange wird und soll die Große Koalition in Bonn am Werke sein, bis 1969 oder noch weitere vier Jahre? Es gibt Zeitgenossen, die sich über diese, manchmal selbstquälerisch gestellte Frage den Kopf zerbrechen, sie fürchten eine Erstarrung des demokratischen Lebens, wenn die beiden Großen, die Unionsparteien und die Sozialdemokratie, allzu lange gemeinsam das Regierungsschiff steuern.

Diese Leute machen sich unnötige Sorgen. Sie vergessen die Ungewöhnlichkeit der Lage, in der sich Volk und Staat im Spätherbst 1966 befanden. Die Regierung Erhard-Mende hatte sich selbst zur Ohnmacht verurteilt, die Staatsfinanzen waren in Unordnung geraten, mit der Wirtschaft ging es rasend bergab, ein Gefühl allgemeiner Unsicherheit breitete sich aus, der Vertrauensschwund nahm unheimliche Ausmaße an, die Staatsverdrossenheit nahm zu. Die Wahlerfolge der KPD führten zu düsteren Vergleichen mit dem Los der Weimarer Republik. Außenpolitisch drohte die Gefahr der Isolierung. Die Regierung Erhard-Mende, entschluß- und kraftlos, hatte es so ziemlich mit allen verdorben, auch mit unseren Verbündeten. Fast schien es, als würde die Entwicklung über Bonn hinweggehen. Die Bundesrepublik blieb zwar wirtschaftlich immer noch ein Riese, politisch verlor sie als ein zu beachtender und handelnder Faktor immer mehr an Bedeutung.

Es ist notwendig, dies in die Erinnerung zurückzurufen, es schärft den Blick für den durch die Große Koalition bewirkten Wandel. Die Regierung Kiesinger-Brenndt beweist Mut und Entschlossenheit, sie läßt es nicht mit Worten bewenden, sie wartet mit überzeugenden Taten auf. Die alles überschattende Sorge um den Arbeitsplatz ist zwar noch nicht ganz behoben, doch wurde der steil aufragenden Kurve der Arbeitslosigkeit schon die Spitze genommen. Die Menschen haben das Gefühl, "da oben in Bonn" wird wieder regiert und die Regierung weiß, was sie will. Sie hat das Haushaltsdefizit bereinigt, ohne Zuflucht zu allgemeinen Steuererhöhungen nehmen zu müssen. Der Eventualhaushalt gibt der Wirtschaft lebenspendende Investitionsspritzen, einschließlich des Wohnungsbaus, was manchmal übersehen wird. Der Sparwille steigt wieder an, das so schwer angeschlagene Vertrauen in die Geldwert- und Preisstabilität kehrte wieder zurück. Unternehmer und Arbeitnehmer haben im Zeichen der konzertierten Aktion zu einem besseren Verhältnis zueinander gefunden. Sie beugen sich, ohne in ihrer Tariffreiheit eingeschränkt zu sein, übergeordneten Notwendigkeiten. Die Mittel einer modernen Wirtschaftspolitik, orientiert an den Erfordernissen von heute und morgen, werden mit Erfolg angewandt. Die Bilanz der gegenwärtigen Bundesregierung kann sich sehen lassen. Eine weite Wegstrecke ist freilich noch zurückzulegen.

Die eigentlichen Bewährungsproben stehen noch bevor. Das industrielle Herz der Bundesrepublik, das Ruhrgebiet, leidet unter einer Strukturkrise. Jahrelange schreckliche Verhältnisse der Vergangenheit können jedoch nicht in wenigen Wochen behoben werden. Die Gesundung des Ruhrgebiets bleibt ein langwieriger Prozeß, an dem Düsseldorf und Bonn als Hauptbeteiligte mitwirken. Nur eine mittel- und langfristige

angelegte, aufeinander abgestimmte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik kann die unvermeidlichen Strukturänderungen auf ein Mindestmaß von menschlichem Leid reduzieren. Ein Versagen hätte unausdenkbare Folgen. Kiesinger sagte es schon, die Regierung ist zum Erfolg verurteilt; und er wußte, weshalb er das sagte.

Die Große Koalition, dieses wohl revolutionärste Experiment der Nachkriegszeit, steht unter dem Zwang zur Zusammenarbeit. Große Dinge der deutschen Politik könnten nicht in Bewegung gesetzt werden, würden sich zwischen den entscheidenden politischen Kräften der Bundesrepublik wieder Gräben auftun. Wir brauchen eine Notstandsregelung, wir brauchen eine die Bundesrepublik auf gesunde Grundlagen stellende Finanzreform zur Weiterentwicklung unserer verfassungsmäßigen Ordnung, wir brauchen, aus diesem Zusammenhang folgernd, den Gleichklang zwischen Gemeinden, Ländern und dem Bund, den drei Säulen unseres demokratischen Staates. Vieles ist nachzuholen, um auf entscheidenden Gebieten jenen Stand zu erreichen, der den sechziger und siebziger Jahren unseres Jahrhunderts angemessen ist und der die Bundesrepublik befähigt, in friedlichem Wettstreit mit anderen Industrienationen zu bestehen. Sie darf nicht ins Hintertreffen geraten. Die Große Koalition ist gebildet worden, um in einer Welt voller Schwierigkeiten den freien Teil Deutschlands durch unvermeidliche Reformen wieder aktions- und handlungsfähig zu machen.

Nun sagen manche Kritiker der Großen Koalition, nun gut, das sehen wir ein, wir stemmen uns nicht dagegen. Aber wenn alle diese Dinge getan worden sind, dann wäre der Zeitpunkt wohl gegeben, in die Normalität zurückzufinden. Diese Kritiker können sich Demokratie nur vorstellen als Kampfplatz der Austragung von Gegensätzen. Das gilt gewiß für Länder und Staaten, die eine normale Entwicklung hinter sich haben und nicht gepeinigt sind von der Gefahr, den inneren Zusammenhalt der Nation, die ja den Staat bildet, zu verlieren.

Wir Deutsche stehen vor dieser Gefahr, sie bedroht uns noch auf eine nicht absehbare Zeit. Sie stellt ungewöhnliche Anforderungen. Das macht das Ungewöhnliche unserer Lage aus. Mächtige Kräfte drängen und wirken auf eine dauernde Aufspaltung unseres Volkes hin. Mancher Politiker sieht in der Beibehaltung der deutschen Spaltung einen wünschenswerten Zustand. Sie ermutigen jene, die auf die Zementierung der Spaltung hinwirken. Aber kann ein Volk, das sich selbst als Einheit versteht und begreift, auf die Dauer sich zum Objekt solcher Spekulationen herabwürdigen lassen? Das hängt von unserer Fähigkeit und unserer Geduld und unserem ständigen Bemühen ab - ohne Krampf, ohne Verbitterung, aber mit Maß und Würde -, den Standort in der Welt zu finden, der uns zukommt. Schaffen wir das nicht gemeinsam, sind wir verloren. Auch in diesem Behauptungskampf besteht ein Zwang zum Zusammenhalt der Großen Koalition; er läßt sich, solange diese Lage mit ihren Gefahren andauert, nicht auf ein baldiges Ende fixieren. Wer dabei von den beiden Großen mehr gewinnt, das zu beantworten sei jenen überlassen, die sich im Provinzialismus und in der Kleinkrämerei beheimatet wissen. Es geht nicht um das Wohl einer Partei, es geht um das Wohl unseres Volkes, das wieder zu sich selbst finden muß.

Zwiespältiges Deutschlandbild in Nordamerika...

Aufgeschlossen aber auch sehr kritisch

Von Peter Corterier

\* Peter Corterier, stellvertretender Bundesvorsitzender der \*  
\* Jungsozialisten und Mitglied des Parteivorstandes der SPD, \*  
\* kehrte dieser Tage von einer dreiwöchigen Informations- und \*  
\* Vortragsreise durch Kanada und die USA zurück, die er als \*  
\* Präsident der "Atlantischen Vereinigung Junger Politiker" \*  
\* unternahm. Er schildert seine Eindrücke von zahlreichen Ge- \*  
\* sprächen mit Politikern, Beamten und Journalisten. \*  
\* Die Redaktion \*

\* \* \*

In den Vereinigten Staaten und in Kanada wurde die Regierung Kiesinger-Brandt von allen meinen Gesprächspartnern sehr positiv beurteilt. Vor allem die neue Tätigkeit von Willy Brandt, der dort ohne Zweifel der bekannteste und populärste Politiker ist, wird mit großem Interesse verfolgt. Die Wendung in der deutschen Ostpolitik, die - nach Meinung vieler Amerikaner - nun endlich die deutsche Beteiligung an einer tatkräftigen Entspannungspolitik gebracht hat, wird überall begrüßt und vor allem auf Brandts Einfluß zurückgeführt. Willy Brandt, der jenseits des Atlantiks als Vorkämpfer der Freiheit Berlins bekannt wurde, gewinnt nun als Vertreter einer modernen deutschen Außenpolitik neue Sympathien.

Allgemein scheint mir in Washington jetzt eine weit größere Bereitschaft zu existieren, auf deutsche Interessen Rücksicht zu nehmen, als zu Erhards Zeiten. Die neue Bundesregierung wird ernst genommen und die von ihr vorgetragenen Anliegen und Argumente werden sorgfältig geprüft und diskutiert.

Die vom deutschen Standpunkt äußerst bedenkliche Radikalkur des demokratischen Fraktionsvorsitzenden im Senat, Michael Mansfield, d.h. der weitgehende, einseitige Abzug von US-Truppen aus Europa, scheint immer weniger Aussicht zu haben, zur offiziellen amerikanischen Politik zu werden. Mehrere seiner Senatskollegen haben sich in letzter Zeit gegen Vorschläge dieser Art gewandt und anderslautende Resolutionen eingebracht. Hohe Beamte des State Department haben sich auf entsprechende Fragen von mir in scharfer Form von den Vorstellungen Mansfields distanziert.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Haltung der Kanadi-

schen Regierung, die, wie mir Außenminister Martin sagte, für ihre Brigade in der Bundesrepublik auch in Zukunft keine Ausgleichszahlungen fordern wird und zu einem Truppenabzug nur nach einer Übereinkunft mit der Sowjetunion, die diese zu g l e i c h z e i t i g e n Schritten verpflichtet, bereit ist.

Auf das freundliche Bild der durch die neue Bundesregierung verbesserten Beziehungen zu den beiden nordamerikanischen Staaten fällt ein düsterer Schatten: Das Wirken der NPD und die dadurch hervorgerufene leidenschaftliche Reaktion in Nordamerika, die besonders in Kanada wahrscheinlich heftiger ist als in jedem anderen nichtkommunistischen Land der Welt.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die großen kanadischen Zeitungen sensationell aufgemachte Berichte über die deutschen Neonazis bringen. Die NPD erscheint als eine akute Gefahr für den Frieden in Europa, ja, für den Weltfrieden. Von Montreal bis Toronto ist zur Zeit die erste Frage an den Besucher aus Deutschland die nach der NPD. Ganz offen erklärten mir einige Gesprächspartner, daß sie wegen der politischen Entwicklung in Deutschland nicht mehr bereit seien, einen Volkswagen zu kaufen. Obwohl die Reaktion in den USA glücklicherweise gemäßigter ist, ist doch auch hier schon genug Schaden angerichtet worden. Auch hier haben Thadden und die NPD eine beachtliche Publizität, die wahrscheinlich teilweise größer ist als in Deutschland. Es zeigt sich deutlich, daß die NPD, die vorgibt, als einzige deutsche Partei die nationalen Interessen zu vertreten, diese in Wirklichkeit schon jetzt aufs schwerste geschädigt hat.

Alle zuständigen Behörden in der Bundesrepublik, vom Auswärtigen Amt bis zum Bundespresseamt, sollten prüfen, mit welchen Mitteln übertriebenen und verzerrten Darstellungen der politischen Verhältnisse bei uns im Ausland wirksamer als bisher entgegengetreten werden kann.

### Mehr Hilfe für die Nordsee-Inseln

---

Die SPD weiß, was Schleswig-Holstein braucht

G.P. - In Schleswig-Holstein gibt es viele Schwerpunkte für ein künftiges Hilfsprogramm, mit dem im ganzen Land mancher "alte Zopf" abgeschnitten werden muß. Schwerpunkthilfe brauchen jetzt vor allem die Nordsee-Inseln Sylt, Föhr, Amrum, Helgoland und die Halligen. Sie alle haben lange, ja viel zu lange im Schatten des Wirtschaftswunders dahingevegetiert. Aber auch auf der Halbinsel Eiderstedt muß noch viel getan werden. Erst dann kann gesagt werden: Auch hier ist der Anschluß an die Entwicklung von Wirtschaft und Technik gefunden worden, wie sie sich in anderen Teilen der Bundesrepublik vollzogen hat.

Jochen Steffen, der sozialdemokratische Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, hat erst vor wenigen Tagen mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß die Deichbauvorhaben, die Raumordnungs- und Infrastrukturpläne für die der Westküste vorgelagerten Halligen und Inseln dringend einer baldigen und umfassenden Ergänzung bedürfen. Deichbau, Wasserbau und "Weiße Industrie" fordern ihr Recht.

In der Tat stellt die Fremdenverkehrswirtschaft die Landesregierung in den kommenden Jahren vor entscheidende Aufgaben. Sylt, Föhr und Helgoland sind die großen Touristenmagneten, die mächtigen Urlaubszentren Nordfrieslands. Sie haben Probleme, die man nicht noch länger auf die lange Bank schieben darf. Das wissen sogar die Kurgäste, die in hellen Scharen gekommen waren, als der Sozialdemokrat Dr. D. Gustav Heinemann in Wyk auf Föhr auf der Kurpromenade sprach.

Aber nicht nur die Inseln Nordfrieslands bedürfen dringend der Hilfe einer tatkräftig zupackenden Landesregierung: Auch an der Ostseeküste des Landes und in den großen Föörden gibt es Aufgaben in Hülle und Fülle, die der raschen Lösung harren. Der Bau von Straßen und Verkehrswegen, von Kurzentren und Erholungsheimen ist für die Ostseeküste - die fast ohne Industrie ist - einfach lebenswichtig.

Auch der Schulbau muß auf den Inseln und auf den Halligen forciert werden. Es geht nicht an, daß heute auf den Halligen noch Kinder in kleinen Schulhäusern aus der Zeit des Schimmelreiters unterrichtet werden.

Die SPD hat zu all dem klare Vorstellungen. Sie hat ein konkretes Programm entwickelt. Sie weiß, was Schleswig-Holstein braucht. Und sie weiß, was sie will.

Offener Zwist Falange - Opus Dei

Gegenseitige Beschuldigungen

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Der seit Monaten unter der Oberfläche schwelende Zwist zwischen zwei der wichtigsten politischen Interessengruppen Spaniens, der Falange und dem katholischen Laienorden "Opus Dei", ist offen ausgebrochen.

Während in Madrids politischen Salons darüber spekuliert wird, "ob es bald zu einer Regierungskrise" kommt und die Militärs ihr angestammtes Schiedsrichteramt zu übernehmen trachten, organisierte die Falange im Madrider "Exzelsior"-Kino eine Versammlung, in deren Verlauf der katholische Technokraten-Orden wiederholt beschuldigt wurde, die Falange "systematisch" zu bekämpfen. Der Falange-Funktionär Antonio Gibello versicherte, "Opus Dei" habe die beiden Madrider Blätter EL ALCÁZAR und MADRID als Sprachrohr für seine Angriffe gewählt.

Beide Seiten bezichtigen sich außerdem unkorrekter finanzieller Manipulationen. Gibello wandte sich gegen den "Wiederaufstieg des Kapitalismus" in Spanien - dies sei nach seiner Ansicht ein Faktor, der die Uneinigkeit fördere. Der Funktionär Luis Nieto-García erklärte, die Falange könne sich nicht in eine "vulgäre Rechtspartei" verwandeln.

Diese Angriffe fielen zeitlich zusammen mit einem Verfahren gegen den Geistlichen Victor Manuel Arbeola wegen "Verleumdung der Bewegung" (Falange). In der Jugendzeitschrift der Katholischen Aktion, SIGNO, hatte der Priester im vergangenen Juni auf verschiedene Zwischenfälle während des Bürgerkrieges in Guernica, Badajoz und Navarra hingewiesen, die von der Falange als Verleumdung interpretiert wurden. SIGNO erlebte erst jetzt eine Säuberung durch den Episkopat, weil sie einen kommunistischen Vorschlag für den "Dialog zwischen Kommunisten und Katholiken" positiver aufgegriffen hatte als andere katholische Publikationen. Der Chefredakteur und der Redaktionsrat wurden nach einer "letztmaligen eindringlichen Vermahnung" kurzerhand abgesetzt. Die Mehrzahl der spanischen Bischöfe ist stockkonservativ und möchte es sich nicht mit der Falange verderben.

Immerhin hat die Falange einige Male zurückstecken müssen. Der nach den Studenten-Zwischenfällen vom Januar 1965 für zwei Jahre von seinem Lehrstuhl für Alte Geschichte an der Madrider Universität suspendierte Professor Santiago Montero-Díaz und der ebenfalls suspendierte Professor Aguilar-Navarro wurden wieder in ihre Ämter eingesetzt.

Wie sehr die von der Falange abhängigen Vertikalsyndikate mit der Opposition durch die "Arbeiterkommissionen" rechnen müssen, zeigt ein Ukas der Sozialabteilung des Madrider Metall-Syndikats, in dem die Arbeiter gewarnt werden, sich an die Weisungen dieser "völlig illegalen" Kräftegruppen zu halten, die "politische Fragen" in arbeitsrechtliche Angelegenheiten einführen sollen. Die Metallarbeiter sind dafür bekannt, daß sie als "Stoßtrupp der Opposition" immer wieder auftreten. "Wir sind entschlossen, alle zur Verteidigung unserer Einheit nötigen Entscheidungen zu treffen," droht die Sozialabteilung.